

Erscheint wöchentlich Freitags.  
Zu beziehen nur durch die Post  
zum Preise von 1,20 Mk., fürs  
Ausland 1,50 Mk. vierteljährlich.

# Sattler

Inserate kosten 30 Pfennig pro  
3gespaltene Petitzeile.  
Bei Wiederholungen entsprechen-  
der Rabatt.

# und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten  
Cederwarenindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 20 .: 32. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brücken-  
straße 106 .: Telephon: Amt Moritzplatz, 2120

Berlin, den 17. Mai 1918

**Inhalt.** Beitragsleistung. — Zum Fest der Freude. — Arbeiter und Angestellte im neuen Preussischen Herrenhause. — Wie kann eine Wohnungsflutkatastrophe verhindert werden? — Bericht der 44. Sitzung der Schlichtungskommission für das Heeresausüstungsgewerbe Groß-Berlins. — Streits und Ausperrungen. — Aus unserem Beruf. — Soziales. — Rundschau. — Bischerchau. — Adressen-Veränderungen. — Sterbetafel. — Anzeigen.

Für die Woche vom 19. Mai bis 25. Mai 1918 ist der 21. Wochenbeitrag fällig. Nur wer dem Verbands gegenüber durch pünktliche Beitragsleistung seine Pflicht erfüllt, sichert sich im Falle der Erwerbslosigkeit eine Unterstützung aus Verbandsmitteln.

## Zum fest der Freude.

Wenn die Birke grünt und ihr zartgrünes Laub, ihre silberglänzenden Nester als einen Gruß des deutschen Waldes in die grauen Straßen der Städte, in die schmutzigen Stuben des Volkes schießt, dann wissen wir, daß das freundlichste Fest des Jahres gekommen ist: Pfingsten, das sonnenshelle, blühende Pfingsten, dessen lichter Charakter sich in keinem anderen Baum anschaulicher symbolisieren könnte. Alle übrigen Laub- und Nadelhölzer unserer Zone erscheinen mehr oder weniger düster und verschlossen, und in den alten Götter- und Seldensagen sind sie denn auch häufig der Sitz von Rabolden und andern unheimlichen Zauberwesen, die eben im Dämmer und Dunkel des Waldes am besten gedeihen. Wo aber die Birke steht, ist es hell; sie bietet gefährlichen Geistern kein schützendes Quartier und regt die Phantasie nicht zur Bildung von Spukgestalten an; von ihr strahlt Licht aus, Milde und Heiterkeit; sie ist der Baum des sieghaften hellen Frühlings und der sonnigen Freude, die nur in der Klarheit gedeiht, ist der Gruß einer lichten Hoffnung an die von dunklen Mächten niedergedrückte und immer wieder sich aufraffende Menschheit.

Und so wird denn auch das vierte Kriegspingsten von heitern Birkensträußen erhellt werden als ein Zeichen, daß wir trotz aller Leibes- und Seelennot nicht auf die Freude verzichten wollen, die so nötig ist wie das liebe Brot, und für alle menschlichen Angelegenheiten viel, viel wichtiger, als man gemeinhin annimmt.

Die vielgerühmte Zivilisation, die Entwicklung der Menschheit aus dem Natur- zum Kulturzustande, hat gewiß höchst schätzenswerte Ergebnisse gehabt, die wir nicht missen möchten. Aber sie hat uns auf der andern Seite eine Menge harter Pflichten auferlegt, hat uns die naive, sorglose Daseinslust der Naturmenschen genommen und den größten Teil des Volkes in ein Noth gespannt, aus dem es für die ganze Lebenszeit kein Entrinnen gibt. Sie hat den Broterwerb in die Mitte aller Daseinsbewegungen gestellt und ihn zu einer Notwendigkeit, die alles andere beherrscht, gemacht. Jeder neue Morgen, ob hell oder trübe, steht uns mit der drohenden Forderung gegenüber: Schaffe, auf daß du lebst! Hunderttausende, Millionen ken-

nen kaum ein anderes Gebot als dieses, und Tag reißt sich an Tag wie die Glieder einer schweren, eisernen Kette, die sie von der Wiege bis zur Bahre an die zugleich lebenerhaltende und lebenverzehrende Pflicht fesselt.

Und noch ein anderes hat sich in den letzten Jahren groß und gebieterisch vor den Völkern emporgerückt und seine schwere Hand auf ihre Schultern gelegt: das ist der Staat. In gewöhnlichen Zeiten hat man ihm wohl mehr oder weniger bereitwillig seinen Tribut in Gestalt von Steuern gezollt, aber im übrigen seine Existenz in der Regel nicht sonderlich fühlbar gespürt. Man wußte, er war da, ja. Und man hat bei Wahlen und andern Gelegenheiten wohl auch versucht, ihn zu beeinflussen. Im allgemeinen jedoch schien er den alltäglichen Interessen ziemlich fernzustehen, und nur eine Minderheit behielt ihn dauernd im Auge. Aber dann kam der Krieg, und die Staatsgewalt pochte an alle Türen und forderte fast jeden Mann. Und von den Dabeingebliebenen forderte sie ein hohes Maß von Geduld und die Bereitwilligkeit, Leid, Trauer und Entbehrung als eine unabwendbare Notwendigkeit hinzunehmen. Sie griff mit unerbittlicher Faust in unser aller Dasein und prägte in jedes Hirn das Bewußtsein von der Nichtigkeit und Nebenächlichkeit des einzelnen, wo es sich um das Wohl und Wehe der Gesamtheit handelt.

Und so steht der Mensch von heute, und namentlich der arbeitende Mensch, unter dem besonders harten Druck von Pflichten und Entbehrungen, die sein ganzes Denken und Fühlen in Anspruch nehmen und ihn des freien Atmens berauben. Die ganze Kulturmenscheit feucht wie unter einer gewaltigen Last. Die Blicke aller haben eine Zwangsrichtung bekommen, schauen nach den kämpfenden Fronten oder nach Mitteln zum Leben aus, und die Frage darf aufgeworfen werden: Sehen wir die Herrlichkeit des Frühlings noch, sehen wir sie noch mit den Augen der Friedenszeit? Er ist wieder da, so hell und heiter wie immer, ist da mit all der Wunderpracht seiner Blüten, mit der fröhlichen Verheißung seiner Aecker und Gärten. Aber wo ist in uns jene starke Freude an den schimmernden Gaben der Natur, ohne die ein Pfingsten doch kein rechtes Pfingsten ist? Kann er uns das drückende Gewicht der Pflichten und quälenden Ereignisse von den Schultern und Seelen nehmen und uns die Vorbedingung jeder echten Freude schaffen: die innere Befreiung?

Niemand, der mit offenen Augen seine eigene und die Wesenswandlung seiner Mitmenschen erlebt, wird diese Frage bejahen, wengleich die Wirkungen der Zeit bei den einzelnen sich natürlich in verschiedenem Grade äußern. Aber was schon im Frieden unter dem Druck der alltäglichen Nöte nur schwer gedeihen wollte, ist unter den Einflüssen des Krieges erst recht zu einem kümmerlichen Pflänzchen geworden, dem es zu gedeihlichem Wachstum an Raum, Luft und Sonne fehlt.

Und doch, wir sagten es schon, ist uns die Freude so nötig wie das Brot; sie ist, wie der Bischof Keppler sagt: „ein Lebensfaktor und ein Lebensbedürfnis, eine Lebenskraft und ein Lebenswert“. Und der Wille zu ihr, das Verlangen nach ihr ist ja auch unbefiegar im Menschen lebendig. Wie der Körper instinktmäßig nach Nahrungsmitteln gier, die zu seinem Aufbau und seiner Erhaltung notwendig sind, so strebt auch die Psyche des Menschen nach erhellenden, erhebenden Stunden. Freude ist Kraft. In allem, was Großes und Schönes auf der Erde geschaffen wurde, hat die Freude mitgearbeitet. Ein fröhliches Lachen kann fruchtbarer sein als das tiefste Grübeln, und eine Menschheit, die es ganz verlernt hätte, wäre reif zum Begraben.

Man hat aus den Schützengräben geschrieben, es sei dort vielfach eine Vorliebe für humoristische oder doch heitere Lektüre zu konstatieren. Der Mann, der morgen zum Sturm antreten muß und den drohenden Hauch des Todes aus unmittelbarer Nähe spürt, erbaut sich heute noch mit Vergnügen an den Wort- und zeichnerischen Kapriolen eines Wilhelm Busch und anderer Humoristen.

Es ist die Flucht aus der Wirklichkeit in das Gebiet der Phantasie, die wir auch in den Städten beobachten können. Dort sind nicht nur die Darbietungen ernster, guter Bühnen zahlreicher als im Frieden beacht, sondern man stürmt besonders auch die Possentheater und drängt sich in lebensgefährlicher Enge zum Kino.

Das Streben nach seelischer Entlastung, bewußt oder unbewußt, ist die Hauptursache dieser Erscheinung, die erfreulicher wäre, wenn sie immer die richtigen Wege ginge. Neben der großen Trösterin Natur ist es zu allen Zeiten die Kunst, die den Menschen stärkt, erquickt und erfreut. Aber der wahllose Genuß kitschiger Vorstellungen und alberner Filmdramen bietet allenfalls einen Freudenersatz, aber nicht die Freude, die den Sinn ins Höhere führt, ihn von neuem kräftigt und belebt. Besonders der Jugend, die urteilslos nach jedem Vergnügen greift, tut es not, den Unterschied kennenzulernen, der zwischen leerer Unterhaltung und wahrer Freude klafft. Diese fließt nicht aus blindem Genuß, sondern aus dem bewußten, erkennenden Genießen des Guten und Schönen.

Die Arbeiterschaft hat sich mit Hilfe ihrer Gewerkschaften schon eine gewisse Muße erobert und wird auch in Zukunft in ihrem Bestreben, freie Zeit für den einzelnen zu gewinnen, nicht nachlassen. Wie die Arbeit der Organisationen stets darauf gerichtet war, das schwere Gewicht der Pflichten und Sorgen zu erleichtern, um der Daseinsfreude auch im Leben des Proletariats mehr Raum und Luft zu schaffen, so können sie auch nicht darauf verzichten, die besten Wege zur Freude zu weisen. Denn die Muße ist erst dann wirklich gewonnen, wenn sie gut ausgefüllt ist und mittelbar oder unmittelbar wieder den Zielen dient, die unserm Dasein den Inhalt geben.

Darum haben wir auch allen Grund, jene Arbeitervereinigungen zu unterstützen, die den Natur- oder wirklichen Kunstgenuß fördern, damit auch das Gemüt gesund und froh und willenskräftig erhalten werde.

„Ein Leben ohne Freude ist eine weite Reise ohne Gasthaus,“ sagt ein Denker. Und heute mag es uns wohl zuweilen vorkommen, als seien wir auf so einer endlosen Reise begriffen, die uns kein Wohl zu sorglosen Ausruhen bietet. Die Feste des Jahres, das sind ja gewissermaßen solche „Gasthäuser“, an denen wir aufatmend zurück- und vorwärtsblicken, und das Pfingstfest war, wenn wir schon im Wilde bleiben wollen, das schönste und heiterste von allen, birkenumkränzt, jonnenvergoldet und von Vogelgezwitscher erfüllt.

Nun wir wieder dort halten, klingt alle Lust nur sehr gedämpft in uns, und der schwellende Blütenregen der Natur weckt das Erinnern an die Blüte der Menschheit, die auf den Schlachtfeldern dahinsinkt, zertreten vor ihrer Reife. Das zwingt uns zu ernster Nachdenklichkeit. Und nur eine leise Hoffnung strahlt aus dem Jugendgrün der Pfingstbirke: daß auch die Freude ewig ist und immer von neuem emporprießt, wie tief sie auch begraben werde. Denn unverwundlich wie die Natur ist das Menschengeischlecht — und unverwundlich unsere Zuversicht, daß seine Freude am Schaffen auch die Kraft zur Höherentwicklung birgt.

### Arbeiter und Angestellte im neuen Preussischen Herrenhaus.

Das Dreiklassenparlament gelangte am 6. Mai zur Besprechung der Kommissionsbeschlüsse über die „Vorschläge zum Herrenhause“, oder wie es künftig heißen soll, zur Ersten Kammer. Die §§ 1a, 2 und 3 der Beschlüsse betreffen das „Recht“ der „geborenen Herren“ (Königliche Prinzen, ehemalige Reichsunmittelbare, Fürsten, Grafen, „Herren“ und „Geschlechter“), lebenslanglich der Ersten Kammer als Mitglieder anzugehören. Dieses vorläufige „Recht“ soll in das „neuorientierte Preußen“ hinübergeschleppt werden. Der § 4 bestimmt sodann die „berufsständigen“ Mitglieder, die von „berufsständigen“ Vorschlagskörpern für 12 Jahre dem König zur Berufung vorgezogen werden sollen. Würden diese Paragraphen Gesetz, dann bestände in der Ersten Kammer eine Hauptgruppe von wenigstens 175 Mitgliedern, die als Vertreter des Großgrundbesitzes anzusprechen sind. Die zweite Gruppe umfaßt dann 72 Industrie- und Handelsunternehmer, die dritte 48 Reichsrentanten der Großstädte (mehr als 50 000 Einwohner); hierzu 24 Vertreter der Kleinstädte und Landgemeinden. Das „Handwerk“ erhielt 18 Kammermitglieder zugewilligt, die gesamte Arbeiterschaft nur 16 und die gesamte Angestelltenchaft nur 12 Vertreter! Die Regierungsvorlage sah beziehungsweise gar keine Vertreter des Handwerks, der Arbeiter und Angestellten vor! Der Minister erklärte, es bestände die Absicht, von den Kammermitgliedern, die der König nach freiem Ermessen und in unbeschränkter Zahl berufen könne, dem Handwerk, den Arbeitern und Angestellten eine „entsprechende“ Zahl zuzumessen zu lassen. Nach den Kommissionsbeschlüssen (§ 6) aber soll der König künftig nicht mehr als 150 Personen „aus besonderem Vertrauen auf Lebenszeit berufen“ dürfen, ein Beschluß, der, übrigens gefaßt von den echtpreussischen Nationalen, der Krone einen großen „Peerschub“ zwecks Bildung einer neuen Mehrheit eventuell unmöglich machen soll. Es würde also eine „geschlossene Zahl“ von Kammermitgliedern beschlossen und schon deshalb vor die sofortige Bestimmung auch einer gewissen Zahl von Arbeiter- und Angestelltenvertretern notwendig. Das sozialdemokratische Kommissionsmitglied, Abg. Girich (Berlin), beantragte die Berufung von 111 Arbeitervertretern. Der Antrag wurde glatt abgelehnt. Es erklärten sich auch die Vertreter der Volkspartei, Polen und des Zentrums für die Bestimmung von Arbeiter- und Angestelltenvertretern. Schließlich wurden „mit Ach und Krach“ den Arbeitern ganze 16, den Angestellten ganze 12 Mitglieder der Ersten Kammer zugestanden.

Bei der Beratung im Plenum, am 6. Mai, beantragte die sozialdemokratische Fraktion 48 Arbeiter- und 24 Angestelltenvertreter. Die Volkspartei schlug 36 bzw. 24 vor. Abg. Huz begründete den sozialdemokratischen Antrag zunächst mit dem zahlenmäßigen Nachweis der in Betracht kommenden gewaltigen Arbeiter- und Angestelltenmassen. Nach der letzten Allgemeinen Gewerbeausstellung seien von den gewerblich tätigen Personen 21,5 Proz. Unternehmer und Betriebsleiter, 6,9 Proz. Angestellte, 71,6 Proz. Arbeiter gewesen. Unter der ersten

Gruppe befanden sich auch die Besitzer und Leiter der handwerksmäßigen Betriebe. Die erste Gruppe sollte nur 80 Vertreter, die zweite und dritte zusammen nur 28 Vertreter erhalten. 1913 seien in den der preussischen Gewerbe- und Berginspektion unterstellten Betrieben 4,4 Millionen Arbeiter gezählt worden. Auf sie sollten nur 16 Vertreter entfallen, also nicht einmal auf jede Hauptgewerbegruppe einer. Darin brüde sich eine aufreizende Mißachtung der Arbeiterschaft aus, der die „Industriefabrikanten“ doch auch bei höchster Lichtigkeit nicht entzogen könnten. Die Massen der Arbeiter und Angestellten stellen das Gros der Landesverteidiger und bilden das Rückgrat der für den Kriegsausgang auch hochwichtigen Heimatsarmee. Diesen Millionen nur 28 Vertreter von etwa 450 im Herrenhaus geben zu wollen, bedeute ein „Danke des Vaterlandes“, den die schwer leidende, vornehmlich blutende Masse des Volkes wirklich nicht erwartet habe. Diese Mißachtung würde in Verbindung mit der Ablehnung des gleichen Wahlrechts eine Stimmung in der Arbeiterschaft erzeugen, von welcher der Reichszähler schon „schwere innere Erschütterungen“ prophezeit habe. Das Allermindeste sei die Erhöhung der Arbeiter- und Angestelltenvertreter nach dem sozialdemokratischen Antrag.

Der Zentrumsabgeordnete Arbeitersekretär Gronowski (Dortmund) erklärte auch, daß die Beschlüsse der Kommission Arbeiter und Angestellten nicht gerecht geworden sei. Er halte den sozialdemokratischen Antrag durchaus nicht für zu weitgehend, er würde für ihn, wie in der Kommission, gern stimmen. Um aber eine Mehrheit zu erzielen, schlage er vor, sich auf den Antrag der Volkspartei zu einigen. Gronowski redete dann den Konservativen und Nationalliberalen eindringlich zu, doch den Arbeitern und Angestellten mehr entgegenzukommen. Die Stimmung der Masse sei doch wirklich schon gereizt genug. Sie habe im Kriege viel gelitten und müsse noch viel leiden. Das in Preußen besonders hervorretende „Parvenütum“ müsse mehr zurücktreten. Der Geist der Engherzigkeit und Verjüngung müsse vorwalten, wenn wir zum guten Ende kommen sollten.

Die Abstimmung zeigte, daß auch dieses dringliche Zureden eines christlich-nationalen Arbeiterabgeordneten an dem vorläufigen Beschlusse abprallte. Nicht nur der sozialdemokratische, sondern auch der volksparteiliche Antrag wurde von der Mehrheit, die sich aus Konservativen, Freikonservativen, fast allen Nationalliberalen und einer kleinen Gruppe Zentrumsleuten zusammensetzte, abgelehnt! Somit sind für die Millionenmasse der Arbeiter nur ganze 16, für die nach vielen Hunderttausenden zählenden Angestellten nur ganze 12 Vertreter in der „neuorientierten“ Ersten Kammer Preußens vorgezogen. Die Reaktion tobt weiter.

### Wie kann eine Wohnungskatastrophe verhindert werden?

Wie auf vielen Gebieten des öffentlichen Lebens, so hat auch die revolutionäre Umwälzung des Krieges mit starkem Druck die Lösung der Wohnungsfrage in den Vordergrund gedrängt. Die ganze Wucht der geschlichen Unterlassungen auf diesem Gebiet in den letzten 25 Jahren vor dem Krieg steht deshalb heute zur öffentlichen Diskussion. Und dabei wird die Wohnungsfürsorge für die zurückkehrenden Kriegsteilnehmer nicht allein in Betracht kommen können, sondern hier sind Maßnahmen sicherzustellen zu der bedeutungsvollen Frage: wie wohnt die große Masse des arbeitenden Volkes überhaupt? Das bekannte Wohnungselend besteht nicht allein in dem Mangel an Wohngelegenheiten, sondern in der fittlich widrigen und unhygienischen Beschaffenheit der übergroßen Zahl der Kleinwohnungen, wo die Mieter in die Zwangslage kommen, jeden Winkel auszunutzen und dafür 15 bis 20 Proz. des Jahresarbeitsverdienstes als Mietbetrag zahlen zu müssen. Die Ursachen zu diesen offensichtlichen Mißständen: wie Schlafgängerunterkunft, Unreinlichkeit der Wohnräume, Seuchengefahr usw., werden in der privatkapitalistischen Ausbeutung und Ueberwertung des Baugrundes und der Wohngebäude, sowie auch andererseits in der spekulativen Zurückhaltung des Geldmarktes zum Wohnbauweisen zu suchen sein. Eine bevölkerungspolitische Wohnungsfürsorge kann deshalb nicht allein darin bestehen, daß der Staat oder die Gemeinde für eine den Bauinteressenten oder sonst genügende Bauordnung sorgt oder durch Wohnungspreise allgemeine Richtlinien aufstellt, sondern daß die gesellschaftlichen Faktoren wie das Reich, die Bundesstaaten und Gemeinden hier tatsächlich durch Schaffung von guten Kleinwohnungen vorbildlich und preisbestimmend eingreifen. Im Zusammenhang mit dem gehört auch die Einschränkung der Terrain- und Käuferpekulation durch Freigabe oder Expropriation (Enteignung) von Bauland, Erbschaft von Baustrafen und Darlehen von billigen Zinsen, wobei die Baugenossenschaften zu bevorzugen wären. Wie aus Einzelbeispielen ersichtlich,

liegt es sehr nahe, daß auch die Bundesstaaten und Gemeinden unmittelbar durch Eigenbetrieb derartige Wohnungen selbst bauen können und dadurch auf die spekulative Bautätigkeit preisregulierend einwirken.

Bei dem voraussichtlich in nächster Zeit im größeren Umfange vor sich gehenden Bau von Kleinwohnungen wird es darauf ankommen, nicht nur notwendige Wohnungsgelasse herzustellen, sondern Wohnräume zu schaffen, wo Luft, Licht und Sonne leichten Zutritt haben und auch in der Art der Ausgestaltung der Räume die Bewohner mehr mit Lebensfreudigkeit erfüllen. Zu diesem Zweck ist bei der Beschaffung solcher Wohnungen nicht allein Wert auf Kleinsiedlung und Kleinhäuser zu legen, sondern, wie auch von anderer Seite sehr richtig betont wurde, auch begrenzt das Etagengebäude zuzulassen. Nicht das Etagengebäude an sich mit seinem Treppentritten, mit der größeren Zahl von Wohnungen und Bewohnern, hat die Mißstände und Abneigung dagegen erzeugt, sondern die beschränkten Wohnungsverhältnisse zum Mietpreis und dabei die Art der Verteilung des zu bewohnenden Flächenraums und wie sonst diese Wohnräume zu den Kulturforderungen bis zur heutigen Zeit ausgestaltet wurden. Für die Mittel- und Großstädte, sowie auch für eine beträchtliche Zahl von Industrieorten wird das Dreietagen- oder Dreitreppenhaus immer seinen Wert behalten. Bei einer örtlichen Dichtigkeit der Bevölkerung durch Mangel an Bauland und im Interesse einer Verringerung der Wohnentfernungen von den Arbeitsstätten wird das Etagenhaus sich sogar zu einer dringenden Notwendigkeit machen. Bei der Anordnung dieser Wohngebäude wären Hinterhäuser möglichst zu vermeiden, wenn nicht ganz auszuschießen. Das Zulassen von Dach- und Kellerwohnungen ist als gesundheitsgefährlich auf alle Fälle, auch als Notbehelf zu verhindern; denn wir glauben annehmen zu können, daß die „moderne Periode der Höhenbewohner“ endlich vorüber ist. Zu den bekannten fittlichen Schäden des Schlafgängerwesens darf auch die Forderung nach Ledigenheimen für Männer und Frauen nicht unbeachtet bleiben. Vor allem sind auch Mietsteigerungen, die sich in den seltensten Fällen und nur begrenzt rechtfertigen lassen, gesetzlich zurückzuweisen, da ja bekanntlich die große Masse der Wohngebäude schon vor dem Kriege gebaut wurde.

Um zu verhindern, daß die kommende Wohnungsnachfrage sich nicht zu einer akuten Wohnungsnot entwickelt, werden alle illusionären Wünsche und Forderungen zurückgestellt werden müssen; denn nach Lage der Verhältnisse sind die hier in Betracht kommenden Fragen und in Aussicht zu nehmenden Maßnahmen auch sehr ernst zu prüfen. Es wird auch keinem Zweifel begegnen, daß, wie schon vorauszu sehen, in den ersten Jahren nach Friedensschluß sich die ganze Situation äußerst schwierig und bedenklich gestalten wird.

Bei der Besprechung der Wohnungsfrage in der bayerischen Kammer im März dieses Jahres machte der Minister Dr. v. Brettreich einige recht bemerkenswerte Ausführungen; er sagte: „Die schon in Friedenszeiten große Bedeutung der Wohnungsfrage ist im Laufe des Krieges außerordentlich gewachsen. In Friedenszeiten wurden in Deutschland alljährlich ungefähr 350 000 bis 400 000 Wohnungen neu hergestellt, davon in Bayern 25 000 bis 30 000. Die Neubautätigkeit in den Städten mit mehr als 15 000 Einwohnern, die 1914 noch 5372 Neubauten aufwies, war schon 1915 auf 2025 gesunken. Seit 1916 ist aber ein starker Rückgang an Wohnungen eingetreten, besonders fehlt es an kleinen und mittleren Wohnungen. Die Entwicklung der Verhältnisse nach dem Kriege kann mit Sicherheit noch nicht vorausgesagt werden, da der Bedarf in den einzelnen Städten noch nicht feststeht. Vor allem sind die zahlreichen kriegsgetrauten Paare unterzubringen. Da zu kommen die zahlreichen Auslandsdeutschen und die Abwanderungen aus großen in kleine Wohnungen infolge zahlreicher Todesfälle und der stärkeren Belastung durch die Steuern und die Kriegsteuerung. Der Bedarf an neuen Wohnungen bis Ende des ersten Friedensjahres wird in Deutschland in den ersten Monaten auf 300 000 berechnet, wovon der weitaus größte Teil auf mittlere und Kleinwohnungen entfällt. Eine halbwegs annehmbare Lösung der Wohnungsfrage bietet einen solchen Berg von Schwierigkeiten, daß man fast verzagen könnte. Deshalb müssen alle berufenen Faktoren, Staat und Gemeinde, alle Versicherungssträger, die gemeinnützigen Bauvereine und Private, zusammenarbeiten, damit wir zu einigermaßen erträglichen Verhältnissen gelangen. — Die Erhöhung des Kostenaufwandes bei der Wohnungsherstellung beträgt 80 bis 100 Proz. Infolgedessen muß möglichst billig und einfach gebaut werden. In dieser Richtung kann noch viel erreicht werden, wenn die Bauten auch künftig gesundheitlichen und wirtschaftlichen Anforderungen entsprechen müssen.“ — Im weiteren wies der Minister auf die Schwierigkeiten der Beschaffung von Baustoffen und des Selbstbedarfs hin. Hierzu ist

auch von Interesse, wie sich der Kriegsminister v. Sillingrath zu dieser Frage äußerte; er sagte: „Der Antrag der Kammer fordert die Ueberlassung von Leichtbauten und Rohstoffen, die aus den Heeresbeständen frei werden. Ich glaube, daß diese Leichtbauten, Baracken usw. sich weniger als Ersatz für Wohnungsbauten als für Massenquartiere eignen. Auch ist zu bedenken, daß eine große Zahl von ihnen nur auf ihrem jetzigen Aufstellungsort verwendbar ist, weil ein Abbau und Wiederaufbau an anderer Stelle unwirtschaftlich wäre; dies gilt besonders für die Baracken des Feldheeres. Zudem hat die Heeresverwaltung selbst großen Bedarf an Unterkunftsstellen nach dem Kriege zur Unterbringung der zurückkehrenden Truppen und zur Lagerung der hochwertigen Materialien. Was an Baumaterialien entbehrlich ist, soll ohne Schwierigkeiten zur Verfügung gestellt werden.“ Die beiden bayerischen Minister waren offen und ziemlich deutlich!

Wenn dennoch von Seiten der Unternehmer immer wieder auf das Holz- und sonstige Material an den Fronten, in den Unterkünten usw. hingewiesen wird, so muß z. B. das Holz erst herausgerissen und dann gereinigt, lufttrocken, verwendungs- und transportfähig hergestellt werden. Wie von den militärischen Fachleuten allgemein konstatiert wird, ist davon zu Bauzwecken wenig zu gebrauchen. Im übrigen muß das von den Militärbehörden zur Verfügung gestellte Material, wie Holz, Baracken usw. frei von Ungeziefer und auch sonst hygienisch einwandfrei sein. Dazu kommen die Schwierigkeiten des Abtransportes. Von der Seite ist also nur wenig Material zu erwarten; denn mit Steinbrocken, altem Lattenholz und Stacheldraht kann man keine Häuser bauen! Deshalb müssen sich die Kaufleute jetzt eingehender mit der Materialfrage beschäftigen.

Sehr wertvolle Darlegungen sind hierüber in einem Vortrage: „Die Wohnungsfrage und die Aufgaben der Hebergangswirtschaft“, von dem königlichen Bau- rat Spöner in Kassel, im November 1917 gemacht worden. Danach würden nach dem bekannten Bevölkerungszuwachs vor dem Kriege mindestens für jedes Kriegsjahr 200 000 neue Wohnungen gebraucht sein; also insgesamt 800 000 Wohnungen, die in den acht Jahren der Hebergangswirtschaft nachzubauen wären. Ferner für die Jahre der Hebergangswirtschaft, wo voraussichtlich nur eine geringere Volksvermehrung in Frage kommt, können auf jedes Jahr 150 000 angenommen werden. Demnach wären in diesem Zeitraum 800 000 + 8 x 150 000 = 2 Millionen Wohnungen zu beschaffen. — Den Geldbedarf für acht Jahre berechnet Spöner nach den Durchschnittskosten aller zu beschaffenden Wohnungen, die auf 8000 Mk. anzusehen sind, mit 16 Milliarden Mark oder jährlich 2 Milliarden Mark, eine Summe, die auch nach anderen Fachleuten vor dem Kriege für Wohnhausbauten ausgegeben wurde. Den achtjährigen Bedarf an Baugeld mit Gartenschläuche schätzt er für jede Wohnung auf 300 Quadratmeter, also auf 600 Millionen Quadratmeter oder 60 000 Hektar im ganzen, mit Einschluß der Straßen und sonstigen Freizeitanlagen auf 80 000 Hektar. Ferner den Jahresbedarf an Mauersteinen, mindestens auf 5 1/2 Milliarden und 62 Millionen, an Dachsteinen 1 Million, an Zement auf 287 000 Tonnen, an Kalk auf 2 1/2 Millionen Kubikmeter, an geschmitteten Bauholz auf 1 1/2 Kubikmeter usw. — Ausgeschlossen bei diesen Zahlen ist der Geld- und Baustoffbedarf der Industriebauten und der sonstigen dringend erforderlichen Gebäude, wie Schulen, Krankenhäuser, Verwaltungsgebäude usw. Aus selbstverständlich wird hier gelten müssen, daß Luxusbauten in diesem Zeitraum nicht aufgeführt werden.

Um so nach Lage der Dinge den Bauanforderungen und der Nachfrage nach Wohnungen gerecht werden zu können, wird es die erste Aufgabe der Regierung sein müssen, ohne Bögen der gesamten Baustoffindustrie wieder die Möglichkeit zu einer regelrechten Tätigkeit zu geben; denn nur dadurch kann der Weg als geebnet angesehen werden, eine Wohnungsnotkatastrophe zu verhindern! G. Heintz.

### Bericht der 44. Sitzung der Schlichtungskommission für das Heeresausrüstungsgewerbe Groß-Berlins.

Die Sitzung am 2. Mai wurde von Herrn Wiedermann geleitet.

I. Die Firma Ph. Dichtenstein, Schillingstraße 15/16, fertigt Tragegurte für Lanzenwehre aus Papierstoff in zwei Ausführungen, und zwar einmal in schwächerer Gurte aus einem Stück und in stärkerer grober Gurte, die noch gestückt werden muß.

Die Schlichtungskommission entscheidet, daß für die schwachen Gurte 40 Pf. und für die gestückelten stärkeren Gurte 50 Pf. pro Stück zu zahlen sind. Dazu kommen 20 Proz. Kriegszuschlag und die Teuerungszulage.

II. Vom Verband der Sattler und Portefeuller wurde gegen die Firmen E. de la Croix, Poje, Sindel und Stanienda Beschwerde geführt, daß sie bislang den Arbeitern das benötigte Nähmaterial geliefert haben, jetzt aber von den Arbeitern verlangen, daß diese sich den Fäden selbst kaufen sollten. Die Firma de la Croix ist sogar so weit gegangen, den Arbeitern während der Osterfeiertage den noch in ihrem Besitz befindlichen Faden einfach fortzunehmen, so daß diese nach den Feiertagen entweder auf Fortsetzung der Arbeit verzichten mußten oder neuen Faden zu kaufen gezwungen waren.

Herr Eckart, als Vorsitzender der Herren Arbeitgeber, glaubt sich zu seinem Vorgehen nach Abschluß des neuen Vertrages berechtigt. Bei der Knappheit des vorhandenen Materials müsse der Verschwendung entgegengetreten werden und dieses sei nur durch diese Maßnahmen zu erreichen. Auch die Behörde verlange eine scharfe Kontrolle über den Verbrauch.

Von den Verbandsvertretern wird demgegenüber auf das Protokoll der Zentraltarifkommission vom 8. Januar verwiesen, worin Har zum Ausdruck kommt, daß der Arbeitgeber für die Lieferung des Nähmaterials nur 3 Proz. vom Kriegszuschlag für sich in Anspruch nehmen kann. Zu jeder anderweitigen Verwendung ist die Zustimmung der Arbeitnehmer unbedingt erforderlich, und diese ist in keinem Falle gegeben.

Nach langer und teils lebhafter Auseinandersetzung zieht sich die Schlichtungskommission zur Entscheidung zurück.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung verkündet Herr Wiedermann, daß sich auch die Schlichtungskommission über diese Frage nicht einig geworden sei, daß also die Zentraltarifkommission zur Entscheidung angerufen werden müsse. Die Arbeitgeber halten es im volkswirtschaftlichen Interesse für wünschenswert, wenn sich die Arbeitnehmer den Fäden selbst kaufen würden. Stelle man sich auf den Boden der angesprochenen Entscheidung der Zentraltarifkommission, so liege darin ohne Zweifel eine fortdauernde Bestrafung derjenigen Arbeitgeber, die eben solange den Fäden geliefert haben.

Dazu stellt Herr Niebel noch ausdrücklich fest, daß aber bis zur Entscheidung der Zentraltarifkommission der frühere Zustand auf jeden Fall aufrecht erhalten bleiben müsse.

III. Von den Arbeitnehmern der Firma C. Poje wird außerdem noch Beschwerde geführt, daß den Sattelmachern, soweit diese nur schnüren und füllen, und auch den Stummelmachern, die keinen Nähfäden benötigen, 3 Proz. vom Kriegszuschlag in Abzug gebracht werden. In diesem Falle besteht Einigkeit, daß nur bei solchen Arbeiten die 3 Proz. in Abzug gebracht werden können, zu deren Anfertigung der Arbeitnehmer Nähfäden benötigt.

IV. Von der Schlichtungskommission der Schneider, vertreten durch die Herren Neuberger, Eder und Kunze, werden Flegelperzstiefel aus Papierstoff zur Kalkulation vorgelegt. Einstimmig werden folgende Preise als angemessen erachtet:

|   |          |
|---|----------|
| Sattlerarbeit pro Paar (6 Schnallen und dito Strippen) einschließlich aller Zuschläge | 1,95 Mk. |
| Maschinenarbeit   | 2,00 "   |
| die 4 Oesen mit Maschine aufnähen   | 0,20 "   |

Das Nähmaterial muß den Arbeitnehmern kostenfrei geliefert werden.

Für den Unternehmer ist festgesetzt . . . 5,53 Mk. und für den Zuschmitt . . . 0,60 "

V. Gegen die Firma Stanienda führen die Arbeitnehmer Beschwerde, daß sie bei der Arbeitsweise und den zu leistenden Vorarbeiten bei Anfertigung von Armeefernspießfuttern aus Papierstoff nicht zurechtkommen können. Nach kurzer gegenseitiger Darlegung des Falles wird die Entscheidung ausgesetzt, da Herr Stanienda versuchen will, eine andere Einrichtung zu treffen.

VI. Von der Firma Kaufmann ist unter Verufung auf das Protokoll der Schlichtungskommission vom 12. März Einspruch gegen die in der Sitzung vom 13. Dezember erfolgte Preisfestsetzung für die damals vorgelegte Stalkhalter mit zwei Oesenidnallen Einspruch erhoben worden. Nachdem festgestellt ist, daß eine irrtümliche Auffassung des Herrn Kaufmann vorliegt, zieht dieser seinen Einspruch zurück.

VII. Die Heimarbeiterin M. M. hat für die Firma Georg Korn, Magazinstr. 14, Fernrohrendeckel zum Preise von 0,30 Mk. und 0,35 Mk. das Stück genäht, ohne Kriegszuschlag und Teuerungszulage zu bekommen.

Der anwesende Vertreter der Firma beruft sich darauf, daß es keine Militärarbeit sei, daß keine Firma die Arbeit auch erst aus zweiter Hand bekomme.

Die Muster liegen vor, und es wird festgestellt, daß der Preis nur sehr knapp kalkuliert ist, daß diese Arbeiten aber nur für die Militärbehörde geliefert werden. Demzufolge entscheidet die Schlichtungskommission, daß zu den gezahlten Preisen noch min-

destens 20 Proz. Kriegszuschlag und 20 Proz. Teuerungszulage zu zahlen sind.

VIII. Die Firma Gustav Reinhardt verwendet bei der Gefechtsvorratsstache als Boden zu der unteren aufgeschühten Tasche einen besonders hergerichteten Boden, der die Anfertigung sehr erschwert. Die Arbeiter verlangen darum 10 Pf. Zuschlag pro Tasche. Da nach Eingang der Beschwerde die Böden aus leichtem Material zugerichtet werden, erfolgt eine Verständigung dahingehend, daß für die vor dem 20. April angefertigten und verrechneten Böden 5 Pf. Zuschlag gezahlt wird.

IX. Gegen die Firma Keller klagt die Heimarbeiterin Frau Sch. auf Nachzahlung von je 3 Pf. für 3600 Gefechtsfappen. Nachzahlt hat die Firma pro Stück 10 Pf., während der Tarifpreis 13 Pf. beträgt.

Der Anspruch wird von Herrn Keller anerkannt, und die Arbeiterin soll am nächsten Tage die Summe von 108 Mk. ausgezahlt erhalten.

X. Von der Firma Koch u. Co. liegen zwei verschiedene Ausführungen von Rinnriemen für Stahlselme vor.

Die Schlichtungskommission erachtet für die zum Schnallen eingerichteten Riemen 16 Pf. und für die mit Haken und Unterlage versehenen Riemen 13 Pf. als angemessen. Kriegszuschlag 20 Proz.

XI. Von der Firma Poje liegen eine ganze Reihe von Ausrüstungsstücken zur Kalkulation vor. Bei der Faktatase für Subartillerie aus Papierstoff (Pos. 359 des Tarifes) läßt die Firma die Deckelohren mit der Hand einnähen. Dafür wird 80 Pf. pro Tasche festgesetzt. Sofern die Deckelohren mit der Maschine genäht sind, aber vom Handnäher verstopfen werden müssen, ist für die 8 Eden 20 Pf. zu zahlen. Wird die Tasche ganz mit der Maschine gefaltet, so kostet dieselbe 3,20 Mk.

Für die Rückenriemen aus Papierstoff, mit Maschine eingefaßt, wird folgender Preis vereinbart:

|                  |          |
|------------------|----------|
| für rechte Achse | 1,30 Mk. |
| für linke Achse  | 1,20 "   |

Eine Verständigung gemäß der bei Poje üblichen Anfertigungsweise kommt ferner für Mündungsfappen 96 neuer Art, Wäckerüberzüge 98/00 und 96/00, Lederbeutel 69, Kochgeschirrfutternale, Behälter zum Schlagbolzen aus Leder, Aufschlagüberzug 96 neuer Art und Gliederlägetaschen aus Papierstoff zustande. In gleicher Weise erfolgt eine Verständigung mit der Firma Sindel für eine abgeänderte Faktatase und eine Hufeisenfaktase.

XII. Bei der Firma Wiedermann wird eine neue Art von Drillingsförden angefertigt. Die Entscheidung wird noch ausgesetzt, weil erst noch praktische Erfahrungen mit der Arbeitsweise gemacht werden sollen.

Abgelehnt wird ferner die Entscheidung über das Verlangen der Tornisterrmacher von der Firma Wiedermann, für die Erleichterung der Arbeit durch Verwendung von Kaninchenfellen und für Verarbeitung des aus kurzen Stücken bestehenden Einfaslebers eine besondere Entschädigung festzulegen. Diese Angelegenheit soll durch die Zentraltarifkommission erledigt werden.

### Streiks und Lohnbewegungen.

Nach keine Einigung in der Offenbacher Lederwareindustrie. Die getroffenen Vereinbarungen in Berlin, Freiberg, Nürnberg und Stuttgart bezüglich Verlängerung der bestehenden Tarife für die Lederwareindustrie, unter Zusage einer erhöhten Teuerungszulage ab 1. April bzw. 1. Mai, ließ auch die Hoffnung reifen, daß die Fabrikanten des Offenbacher-Franfurter Industriegebietes durch ihre Vereinigung den Arbeitnehmern gegenüber weites Entgegenkommen zeigen, um auch hier über den Krieg hinaus jede Beunruhigung im Gewerbe zu vermeiden. Leider scheinen hier wieder, wie schon so oft, Kräfte am Werk zu sein, die es durchaus auf eine Wachtprobe ankommen lassen wollen. Denn die Forderungen der Arbeitnehmer sind angesichts der Teuerungsverhältnisse mehr als bescheiden zu nennen. Sie wurden im Laufe der Verhandlungen noch reduziert. Es kam eine Einigung zustande, wonach die Teuerungszulage erhöht werden soll für Zeilohnarbeiter über 19 Jahre von 25 auf 30 Pf. die Stunde, unter 19 Jahren von 20 auf 27 Pf. die Stunde; für Arbeiterinnen über 17 Jahre von 15 auf 20 Pf. die Stunde, unter 17 Jahren von 10 auf 13 Pf. die Stunde; für jugendliche Arbeiter und Lehrlinge im ersten und zweiten Jahre von 10 auf 13 Pf. die Stunde, im dritten Jahre von 10 auf 15 Pf. die Stunde; für Affordarbeit von 30 auf 40 Prozent. Trotzdem auf Grund örtlicher Vereinbarungen in Berlin die Mindestlöhne weit höher als im Offenbach sind und in Berlin die diesjährige Teuerungszulage doppelt so hoch und, noch höher bemessen wurde, als die Zugehörtdnisse in Offenbach es sind, gaben die Arbeitnehmer ihre Zustimmung. Als Streitpunkt blieb noch der Termin des Inkrafttretens der neuen Vereinbarung. Wie an den anderen Orten wünschten unsere Kollegen den 1. Mai. Die

Unternehmervertreter bestanden auf dem 1. Juni. Diese einmonatige Differenz ist nun der vorläufig unlösliche Knoten, der mit Macht gegen Macht durchgebrochen werden soll. Wir wollen nicht glauben, daß es gelbliche Motive sind, die unsere Offenbach-Frankfurter Fabrikanten zu ihrer ablehnenden Haltung veranlassen. Gemeinen an den Phantastiepreisen, die sie für ihre Fabrikate erzielen und täglich höher schrauben, gemessen an den Materialpreisen, die sie zahlen und sich sogar gegenseitig überbieten, um nur Leder zu erhalten, ist es doch von ganz untergeordneter Bedeutung, ob den Arbeitern der Stundenlohn ab 1. Mai oder 1. Juni um wenige Pfennige erhöht wird, um so mehr eine Konkurrenz von anderen Orten gar nicht zu befürchten ist. Wir halten mit unserer Verachtung zurück und hoffen, daß die Offenbach-Frankfurter Fabrikanten noch in letzter Stunde das bewilligen, was in allen anderen Tariforten bereits durchgeführt ist. Tragen sie doch allein jede Verantwortung für die kommenden Dinge.

**Aus unserem Beruf.**

**Frau Benz-König tot!** Diese schmerzliche Kunde lasen wir am Sonntag früh im „Vorwärts“. Noch am 20. April hatte unser Kollege Blum Gelegenheit, in einer köhner Versammlung unserer dortigen Zählstelle das rastlose Streben und die aufopfernde Tätigkeit unserer Frau Benz zu bewundern; nichts ließ ahnen, daß der Gleichmacher Tod auch hier so schnell sein Opfer suchte. Frau Benz ist die Frau unseres langjährigen Kassierers Jos. Benz. Als der Krieg ausbrach und unser Kassierer zu den Waffen einberufen wurde, übernahm seine Frau die Kassengeschäfte. Kein Weg war ihr zu weit und keine Stunde zu spät, um die Verbandsinteressen zu wahren. Daneben waren sechs unmündige Kinder zu versorgen und übte die Proletarierfrau eine umfangreiche politische Tätigkeit aus. Insbesondere hat sie auf dem Gebiet der Kriegsfürsorge viel geleistet und war als erste weibliche Armenpflegerin der Stadt Köhn tätig. Eine Blutvergiftung setzte ihrem rastlosen Leben ein plötzliches und leider mit ihren 37 Jahren zu frühes Ende. So wie in der rheinischen Arbeiterbewegung, wird Frau Benz auch in unserer Verbandskreise stets im ehrenden Gedenden bleiben.

**Tornistereinfaßband aus Papiergarn.** Um Baumwolle zu sparen, ist für die Dauer des Krieges die Herstellung von Tornistereinfaßband aus Papiergarn zugelassen worden. Breite 20 Millimeter; Bindung: Leinwand; Garnart: Papierrundgarn; Gesamtstfadenzahl: 88; Schußzahl auf 1 Zentimeter: 8; Kette: 8,5-9,5; Schuß: 8,5-9,5; Gewicht von 100 Meter: 675 Gramm; Ausrüstung: rohsackig, leicht kalandert. Beim Gewicht ist ein Einsparraum von + 10 Proz. erlaubt. Die Reißfestigkeit des Bandes soll bei 30 Zentimeter Einsparlänge rund 12 Kilogramm betragen.

**Eine neue dänische Ledererfabrikation.** Im technologischen Institut zu Kopenhagen wurden eine Reihe Versuche zur Herstellung dänischer Lederwaren aus Haifischhaut gemacht. Eine bedeutende Menge dieses Stoffes ist für die Versuche des Instituts zur Verfügung gestellt worden. Diese Haut war bisher nicht verwendet worden, da nur der Haifisch verwendet und die Häute fortgeworfen wurden. Man ist aber jetzt der Ansicht, eine ganz neue dänische Industrie schaffen zu können, und zwar durch Herstellung von Ledergeräten, Notizbüchern und ähnlichem aus Haifischhaut, anstatt der weit teureren Alligatorhaut. Die Haifische haben sich bei den Versuchen als bequem zu verarbeiten erwiesen. Sie können leicht erweicht werden und sind für Farben aller Art sehr empfänglich. Wenn diese Versuche halten, was sie versprechen, ist Aussicht dafür vorhanden, die dänische Fabrikation von feineren Lederwaren selbständig zu machen und sie in den Stand zu setzen, mit den deutschen und französischen Erzeugnissen, die bisher den dänischen Markt beherrscht haben, zu konkurrieren.

**Vertrufung der dänischen Lederindustrie.** Die schon seit einiger Zeit geplante Vertrufung der dänischen Lederindustrie steht unmittelbar vor ihrer Verwirklichung. Der neue Trust wird zunächst fünf der größten Lederfabriken Danemarks umfassen, ein Kapital von 27 Millionen Kronen und einen Reservefonds von 11 Millionen Kronen besitzen.

**Soziales.**

**Sattelt der Arbeitgeber für die feinen Arbeitnehmern in den Betriebsräumen gestohlenen Sachen?** Sehr erheblich mehren sich die Fälle, daß ein trauriges Zeichen unserer Zeit — den Arbeitnehmern in den Werkstätten die Kleidungsstücke gestohlen werden. Sehr häufig erhebt sich deshalb die Frage, ob der Arbeitgeber verpflichtet ist, für solche Verluste Schadenersatz zu leisten. Im allgemeinen trägt er nun eine solche Lastung nicht, sondern nur, wenn ihm irgendwelche Schuld oder Fahrlässigkeit dabei nachgewiesen werden

kann. Das wird aber meist der Fall sein. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, Gelegenheit zum Unterbringen von Kleidungsstücken usw. zu beschaffen und die Einrichtungen auch so zu treffen, daß Diebstähle nicht möglich sind. Andernfalls liegt ein Verstoß gegen die im Verkehr erforderliche Sorgfalt vor, zu deren Beobachtung der Arbeitgeber nach § 276 des Bürgerlichen Gesetzbuches verpflichtet ist. Der Arbeiter kann nicht selbst Maßnahmen zum Schutze seiner Sachen treffen, er ist auf die vom Arbeitgeber getroffenen Einrichtungen angewiesen. Auf zweckentsprechende Maßregeln muß insbesondere der Inhaber eines größeren Betriebes bedacht sein, da in diesem die Diebstahlsgefahr besonders groß ist. Auf diesen Standpunkt stellte sich auch das Gewerbegericht Spandau in einem Urteil vom 18. Februar 1918. Es hielt eine Kleiderablage, die während des Schichtwechsels längere Zeit offen stand und bei der die Wächter nicht darauf achten konnten, ob jeder nur seine eigenen Sachen nahm, für keine ausreichende Maßregel gegen Diebstähle. Es verurteilte deshalb die betreffende Firma zum Ersatz der einem Arbeiter dort entwendeten Kleidungsstücke. Es sind zahlreiche Möglichkeiten denkbar — so heißt es in der Begründung —, wie die Kleider der Arbeiter wirksam geschützt werden können. Es kann für jeden Mann oder für zwei bis drei Personen ein Schrank vorhanden sein, es kann wie bei den Theatern die Ueberbringung der Sachen gegen Marken erfolgen, es können die Gegenstände durch unten mit einem Vorriegelschloß verbundene Kette gesichert werden, wie es in der Universität Berlin geschieht usw. Die Kosten dürfe ein Unternehmer nicht scheuen, selbst wenn er mehrere Tausend Arbeiter beschäftigen sollte.

**Rundschau.**

**Der Einstellungszwang zugunsten der Kriegsschädigten** ist die umstrittenste Frage auf dem Gebiet der Kriegsschädigtenfürsorge. Sein Wesen besteht darin, daß sämtliche Arbeitgeber verpflichtet werden sollen, einen bestimmten Prozentsatz Kriegsschädigte bei sich einzustellen. Hier prallen die Klassen- und Interessengegenätze scharf aufeinander. Die Unternehmer versichern zwar, daß sie die Kriegsschädigten wieder einstellen würden, aber sie wollen dies nur als freiwillige Leistung auf sich nehmen. Die Arbeitnehmer und Kriegsschädigten betonen mit Recht, daß solche Freiwilligkeit Piaszo erleiden würde und der gesetzliche Zwang hier die einzige wirksame Lösung sei. Der Reichsausschuß der Kriegsschädigtenfürsorge hat kürzlich mit ganz knapper Mehrheit sich gegen den Einstellungszwang ausgesprochen. Nach dem „Correspondenzblatt der Generalkommission“ beruht dieses Abstimmungsergebnis lediglich auf dem Umstand, daß fast alle Vertreter der Arbeiter und Angestellten verhindert waren, an der entscheidenden Sitzung des Reichsausschusses teilzunehmen. Die jüngste Vorstandskonferenz der freien Gewerkschaften hat einstimmig beschlossen, auch fernerhin für den gesetzlichen Einstellungszwang einzutreten.

**Bücherschau.**

**Zum 100. Geburtstag Karl Marx.** Am 5. Mai jährte sich der Geburtstag des Begründers des wissenschaftlichen Sozialismus zum hundertsten Male. Daher sind zwei Veröffentlichungen von besonderem Interesse, welche der Verlag für Sozialwissenschaft zu diesem Tage vorbereitete. M. Beer, der langjährige Londoner Vertreter des „Vorwärts“, hat ein Buch, „Karl Marx, sein Leben und seine Lehre“, beigelegt, das zweifellos eine Lücke ausfüllen wird. In knapper und dabei leichtverständlicher Form werden Marx' Vorläufer gewürdigt, seine Lehraufgaben und das Werden des Marxismus geschildert. Text und zahlreiche, im Tiefdruckverfahren hergestellte Abbildungen bringen dem Leser auch das private Leben von Marx, seine Familie, Freunde und nähere Umgebung näher. Die Erläuterungen der Marx'schen Lehren werden besonders willkommen sein. Preis des Buches broschiert 4 Mk., gebunden 5 Mk. „Karl Marx und die Gewerkschaften“ heißt ein weiteres Buch, das der Zentralarbeitssekretär Hermann Müller, der Verfasser der bekannten Geschichte der Lithographenbewegung, geschrieben hat. Müller gilt ebenfalls als ausgewählter Marxkennner. Seine Schrift ist gerade jetzt von größter Bedeutung, da die Gewerkschaften eine selbst von Marx nicht vorausgesehene Entwicklung genommen haben, obwohl seine Lehren nach wie vor den allergrößten Einfluß auf die gewerkschaftliche Bewegung Deutschlands haben. Das Buch kostet broschiert 2 Mk., gebunden 3 Mk. Verbe prächtig ausgestatteten Bücher zusammen werden, wenn vor dem 15. Mai bestellt, zum Vorzugspreise von 3,50 Mk. broschiert oder 7 Mk. gebunden von jeder Buchhandlung oder direkt vom Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin SW. 68, geliefert. A. Damaskis, „Geschichte der Nationalökonomie“, eine erste Einführung. 40-42. Tausend. Neunte erweiterte Aufl. Jena, Gustav Fischer, 1918. 2. Band, 400 Seiten. Preis 4,50 Mk.

Schicksalswende bedeutet diese Zeit für unser Volk. Neue Grundlagen müssen nach diesem Kriege geschaffen werden für unser Volksdasein. Da erkennen es die Besten in allen Berufen und Ständen als erste Pflicht, sich klar zu werden über die großen Wahrheiten der Volkswirtschaft, über die Lehren, die die einzige unbefestigte Meisterin, die Geschichte, über die Bedingungen des Aufstiegs und des Verfalls der Völker gibt. Ihnen allen kommt die neue Auflage dieses Werkes zur rechten Stunde. Eindringlicher als jeber andere vermag es uns die staatsbürgerliche Bildung zu geben, die wir heute nötig brauchen. Sie bringt sie uns nicht in gelehrten trockenen Darlegungen, sondern in bluterfüllten Schilderungen von Zeiten und Männern, die vor uns in gleicher Lage waren wie wir. Wer dieses Buch gelesen hat, der weiß auf dem Gebiete der Volkswirtschaft, was gut und böse ist, der hat sich selbst stark gemacht, in seinem Kreise in dieser großen Zeit seine Pflicht zu erfüllen. In 39 000 Exemplaren, d. h. in einem Maße, wie nie vor ihm im deutschen Sprachgebiet ein ähnliches Werk, ist es bereits verbreitet. Möge auch die Neuauflage ihren Weg finden zu vielen ehrlichen Freunden des deutschen Volkes.

**Adressenänderungen.**

Posen: Anton Godriewski, Luisestr. 21, Hof 4.  
Ulm: Josef Kurz, Neu-Ulm, Friedenstr. 18.

**Storbetafel.**

Als Opfer des Weltkrieges fielen unsere Mitglieder aus Offenbach a. M.:

- Friedrich Fleck, 21 Jahre alt,
- Nikolaus Kollmer, 38 Jahre alt,
- Wilhelm Geiger, 21 Jahre alt,
- Karl Gunkel, 22 Jahre alt,
- Hans Krämer, 22 Jahre alt,
- Ernst Degen, 22 Jahre alt.

Hermann Weiersdorf, Berlin, 28 Jahre alt.

Hermann Schröter, Stettin, 34 Jahre alt.

Berlin. Am 8. Mai verstarb unser Mitglied, der Portefeuller Paul Weigel, im Alter von 21 Jahren.

Brandenburg a. d. H. Im Alter von 39 Jahren ist unser Mitglied Karl Engler verstorben.

Chemnitz. Am 30. April verstarb unser Mitglied Luise Köhler.

Magdeburg. Im Alter von 28 Jahren verstarb unser Mitglied August Rückert.

Offenbach a. M. Am 27. April verstarb unser langjähriges Mitglied, der Portefeuller Konrad Ebener, 72 Jahre alt.

Ehre ihrem Andenken!

**Ortsverwaltung Offenbach.**

Unsere Telephonnummer ist nunmehr 1979.  
Wir bitten dies beachten zu wollen.

**Die Ortsverwaltung.**

Wir suchen

**Nieter,**

der schon Tornister genietet hat.

**G. Leschen & Co.,**

Fabrik für Militärs-Lederausrüstung.

Eöln-Nippes, Geldernstraße 48.

**Tüchtiger Koffermacher**

sofort für dauernd gesucht.

**Berner & Steinmetz, Nürnberg.**

**Prima Lederwärze**

liefert

**Chemische Fabrik Köthen,**  
Köthen-Anhalt.

**Schaf-Spaltleder,**  
Glacéleder-Abfälle, Kattun

tauft

**Mertens, Berlin, Waldemarstraße 19.**

Postkarte oder Fernsprecher Npl. 111 44.